

NEU START

GROBE KOALITION, DIE DRITTE.

*Nach den längsten Regierungsverhandlungen der deutschen Geschichte geht, kurz vor dem Ende des Jahres 2013 die GroKo an den Start. Große Koalition für **GROBE AUFGABEN** oder ein Arrangement auf **KLEINSTEM GEMEINSAMEN NENNER?***

Inhalt

Die neue Bundesregierung in der Kurzanalyse	2
Die Tagesform einer Regierung erschließt sich nicht (nur) aus der Koalitionsvereinbarung	2
Wohin die Regierungsvereinbarung führt	3
It's the people. And the Team, stupid!	3
Die neue Regierung und kommende Aufgaben	6
Opposition war gestern	8
Erste Aufgabe der Oppositionsparteien: Eine Haltung zu sich selbst finden	8
Radikalisierung gegen die GroKo als Ausweg?	9
Das KovarHuss Angebot	10
Die wichtigsten Smart-Lobbying Bausteine	10
Unsere Leistungen	11

Die neue Bundesregierung in der Kurzanalyse

Die Tagesform einer Regierung erschließt sich nicht (nur) aus der Koalitionsvereinbarung

Die 185 Seiten starke Koalitionsvereinbarung enthält viele weiche Formulierungen, vermeidet jedoch weitgehende Festlegungen. Durch den gesamten Text werden insgesamt 132 Prüfaufträge benannt. Dies alleine scheint bereits ein Ausdruck mangelnder Einigungsfähigkeit. Man tut gut daran, den umfänglichen Koalitionsvertrag insbesondere vor dem Hintergrund der skeptischen SPD-Mitglieder zu interpretieren. Der Textumfang soll den Mitgliedern Sicherheit und Verbindlichkeit suggerieren, ohne diesen Anspruch tatsächlich einlösen zu müssen.

Der Text ist getragen von einem Ziel: Solidarität und Gerechtigkeit wieder herzustellen. Damit verbunden ist ein zweiter Grundgedanke: Dass nämlich Politik überhaupt in der Lage ist, das zu leisten.

Und weil beides nur sehr eingeschränkt möglich ist, zeichnet sich damit bereits das Scheitern dieses Anspruchs ab.

Substanziell: Bei den beiden Kernthemen "**Mindestlohn**" und "**Energiewende**" ermöglichen die lange Übergangsfrist im einen Fall bzw. die Vorlage eines Gesamtkonzeptes bis Ende 1. Quartal 2014, dass in beiden Themen noch sachgerechte Lösungen Eingang finden können.

Interessant ist die Ressortaufteilung zwischen den Parteien: Während die CDU im Wesentlichen die "nüchternen", wenig profilbildenden Themen bedient, imitiert die SPD früheres Verhalten der Grünen und besetzt die Themen mit großer Sichtbarkeit und Relevanz für ihr Klientel: Arbeit und Soziales, Familie, die Zuständigkeit für die Energiewende.

Angesichts der Berufung von Rainer Baake als Staatssekretär mit Verantwortlichkeit im Energiebereich dürfte es allerdings ein hausinternes Ringen um die Frage geben, wie die Interessen der EVUs

und der "traditionellen" Energieunternehmen mit dem Ziel einer weitgehenden CO2-freien Energiewirtschaft miteinander abgeglichen werden. Die SPD übernimmt hier ein hohes Maß an Verantwortung. Ihr Ziel ist es, hier auch den Grünen, die als Teil einer Bonsai-Opinion keinen substantziellen Beitrag leisten können, in dem Umfeld der Energiewende-Öffentlichkeit das Wasser abzugraben.

Die CSU hat weitgehend auf profilbildende Ministerien verzichtet und wird sich weiterhin darauf konzentrieren, mittels "Seehofer-Interventionen" medial sichtbare Korrekturen einzuklagen, im laufenden Geschäft aber den Ball flach zu halten. Darauf deutete bereits Seehofers Verhalten in den Koalitionsverhandlungen hin.

Wohin die Regierungsvereinbarung führt

Michael Hüther, dem Chef des IW (Institut der deutschen Wirtschaft) ist zuzustimmen. Mit der Koalitionsvereinbarung lässt sich die Erfolgsgeschichte Deutschlands nicht weiter fortschreiben. Eine Abwägung zwischen Wiederherstellung stärkeren sozialen Zusammenhalts und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unterblieb weitgehend.

It's the People. And the Team, stupid!

Es ist davon auszugehen, dass die Regierungsarbeit weitaus besser klappt als dies in der Vorgängerregierung der Fall war.

Die SPD verfügt über breite Regierungserfahrung in Bund und Ländern. **Gabriel und Steinmeier waren bereits einmal Regierungsmitglieder in einer großen Koalition**, die Beziehungen zwischen Steinmeier und Merkel sind erwiesenermaßen gut, Gabriel hat sich bei Angela Merkel inzwischen erheblichen Respekt erarbeitet.

Als Garant der Berechenbarkeit darf die Fortsetzung der **bewährten Zusammenarbeit von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble** gelten.

Die Bundesregierung wird von ihrem Kurs, von den anderen Ländern eine zukunftsfähige Finanz- und Wirtschaftspolitik einzufordern, bevor man weitere Finanzierungszusagen gibt, nicht abrücken. Gabriel und Steinmeier wissen, dass eine allzu weiche Haltung gegenüber anderen Ländern auch von SPD-Wählern nicht goutiert wird.

Auch die übrigen Ministerbesetzungen sind in Relation zur Vorgängerregierung eher positiv zu bewerten:

Verteidigungsministerin **von der Leyen** ist die einzige CDU-Ministerin, die Angela Merkel öffentlich widersprechen kann und trotzdem einen festen Platz im Kabinett hat. Ihre Haupteigenschaften, die große Kommunikationsfähigkeit und ihr hohes Durchsetzungsvermögen dürften sie zu einer potentiellen Nachfolgekandidatin für eine künftige Kanzlerschaft machen. Die treue Gefolgschaft ihrer beiden Staatssekretäre zeigt, dass sich hier ein nicht immer beliebtes, aber durchsetzungsfähiges Führungsteam etabliert hat.

Innenminister **De Maiziere** erhält die Chance, die Scharpen, die sein Profil als geräuschloser und erfolgreicher Minister durch die Bundeswehr-Beschaffungsdiskussionen erhalten hat, auszumerzen.

Große Herausforderung: Das Thema Datenschutz/NSA /Internetsicherheit ist in der neuen Regierung vielfältig verankert worden. Grundsätzlich sind mit De Maiziere, Justizminister Maas (und seinem Staatssekretär Gerd Billen) sowie Verkehrs- und "Internetminister" Dobrindt drei sehr motivierte Ministerien in dieses Thema involviert. Es wird sich zeigen, inwieweit diese Regierung in diesem hochrelevanten Bereich mit komplexer Thematik handlungsfähig sein wird.

Finanzminister **Schäuble** wird sowohl als Finanzpolitiker als auch auf europäischer Ebene darauf dringen, weiterhin zurückhaltend mit Ausgabenzusagen zu verfahren.

Der als Umweltminister weitgehend glücklose, als ehemaliger Fraktionsgeschäftsführer aber im Strippenziehen erfahrene und

insgesamt im politischen System hochbeliebte **Peter Altmaier** übernimmt die zentrale Stelle der Regierungsarbeit. Als Staatsminister im Kanzleramt hat er dafür Sorge zu tragen, dass die straffe Führung von Angela Merkel auch weiterhin weitgehend reibungslos funktioniert. Ronald Pofalla, der dieses aufzehrende Amt auf eigenen Wunsch abgibt, hat hier hohe Maßstäbe gesetzt. Es ist jedoch zu erwarten, dass Peter Altmaier, wenngleich mit einer anderen Intonierung, diese Aufgabe ebenso erfolgreich managen wird.

Eine echte Überraschung in der Ministerriege ist die Berufung des ehemaligen **CDU-Generalsekretärs Herrmann Gröhe** als Gesundheitsminister. Loyalität wird von Angela Merkel belohnt. Und auch, wenn Medien und Öffentlichkeit noch kein klares Bild der Fähigkeiten von Herrmann Gröhe haben, dürfte dieser das Amt des Gesundheitsministers doch geräuschlos ausfüllen. Weitreichende konzeptionelle Entwürfe sind in diesem Bereich jedoch nicht zu erwarten. Mit der Berufung des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden im nordrhein-westfälischen Landtag, Laumann, als parlamentarischer Staatssekretär und Pflegebeauftragten hat Angela Merkel nicht nur einen erfahrenen Landessozialminister für diesen Bereich gewonnen. Der für schwarzgrün offene und gegenüber Merkel jederzeit loyale CDU-Landesvorsitzende Laschet hat sich damit in seinem Landesverband durchgesetzt. Angela Merkel hat damit einen weiteren Landesverband mit einer in ihrem Sinne klaren Führung besetzt. Nicht zufällig sind Laschet und die rheinland-pfälzische Julia Glöckner in der Nachwahlzeit überdurchschnittlich oft in Talkshows als CDU Vertreter präsent gewesen.

Die **Besetzung der SPD-Ministerriege** hat, bis auf Justizminister Maas, weitgehend den Erwartungen entsprochen: Energiewendeminister Gabriel ist der neue starke Mann der SPD, Steinmeier wird als gleichermaßen der Regierung und der SPD loyaler Außenminister geräuschlos die Akzeptanz und Sprachfähigkeit Deutschlands in der Welt wieder herstellen, die inzwischen

führungserfahrene Andrea Nahles wird das Arbeits- und Sozialministerium professionell leiten. Über die künftige Sozialministerin Schwesig sind sich Beobachter nicht immer einig. Der Überraschungsminister Maas hat als ehemaliger Landesminister bereits Regierungserfahrung.

Die **CSU** hat ihren Gestaltungsauftrag in der Bundesregierung weitgehend aufgegeben. Einzig Verkehrs- und "Internetminister" Dobrindt wird sicher für Schlagzeilen sorgen. Agrarminister Friedrich wird zum Sachwalter bayerischer, und damit eher kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Inwieweit es gelingt, über das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Minister Gerd Müller außenpolitisches Profil zu gewinnen, wie Ministerpräsident Seehofer diese Entscheidung begründete, sei dahin gestellt.

Die neue Regierung und kommende Aufgaben

Von Angela Merkel weiß man, dass sie es vorzieht, am Kabinetttisch zu moderieren statt selbst Impulse zu setzen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Kanzlerin profillose Politik macht. Im Gegenteil, es ist ihr gelungen, im Zusammenspiel mit Wolfgang Schäuble eine "nüchterne Europapolitik mit Augenmaß" zu etablieren. Diese wird zwar von vielen im Lager der Kosmopoliten und Linken verorteten Intellektuellen kritisiert, von den Wählerinnen und Wähler weit über das CDU-Lager hinausgehend aber größtenteils goutiert.

Aus diesem Kern vernünftigen globalen Krisenmanagements heraus wird die Regierung ihr Profil entwickeln. Querschläge aus der eigenen Partei hat die Kanzlerin nicht mehr zu fürchten, eher die konservative Konkurrenz der AfD.

Bedenklich ist das **geringe Interesse von CDU und CSU an ordnungspolitischen Fragen**. Der Verweis auf Ludwig Erhard muss hier vielfach als Ersatz für die nicht vorhandene marktwirtschaftliche Gesinnung herhalten, zumal diese marktwirtschaftliche Orientierung

in Zeiten der Globalisierung und der durch den Bürokratisierungsdruck der EU erzwungenen Konzentrationsentwicklungen einer Neubestimmung marktwirtschaftlicher Konzepte bedarf.

Sowohl die Energiepolitik wie auch die Gesundheitspolitik zeigen in welche Richtung sich die entsprechenden Bereiche entwickeln, wenn sich Politik zunehmend einmischt, aber die Folgen ihres Handelns nicht immer überblickt: Die Reglungsdichte wächst, die Geschäftsmodelle verfestigen sich im Regulierungswerk der Politik, Änderungen erfolgen nicht mehr von unten aus dem Markt getrieben, sondern oftmals nur noch, wenn neue Alimentierungsmodelle (siehe Kapazitätsmarkt) angeboten werden. Hier ist eine konzeptionelle Debatte dringend einzufordern, gerade, weil weder Linke noch die Grünen hier aktuell einen Gegenpol bilden.

Die FDP wird mit sich selbst beschäftigt bleiben. Wenn die AfD sich von rechtsradialen Kreisen zu lösen vermag, kann sie sich als Projektionsfläche für die Wünsche konservativ bürgerlicher Wähler entwickeln, die den Versprechungen der Politik nicht länger Glauben schenkt und auf eine Politik des "gesunden Menschenverstandes" setzt.

Trotz eines eher selbstreferentiellen und weitgehend realitätsleugnenden Wahlkampfes ist von der kommenden Regierung eine **Steigerung der Managementqualität** zu erwarten: Es sind einfach mehr Profis am Werk. Und sie werden korrigierend eingreifen, wenn sich zeigt, dass die Wirtschaftsentwicklung durch ein Übermaß an Regulierung stranguliert wird.

Die nächste Eurokrise kommt bestimmt - und so wird jetzt, nachdem der **Wahlkampf** weitgehend binnenorientiert und als **Versprechenswettbewerb** stattgefunden hat, wieder ein höheres Maß an Realitätsbezug die Entscheidungen voran treiben.

Interessant dabei wird werden, wie sich in diesem Zusammenhang die Opposition positioniert.

Opposition war gestern

Erste Aufgabe der Oppositionsparteien: Eine Haltung zu sich selbst finden

Die Linke ist durch die Debatten der letzten Wochen grundsätzlich als regierungsfähig anerkannt. Ob sie tatsächlich künftig Regierungsverantwortung übernehmen kann, wird von ihrer innerparteilichen Entwicklung abhängen. Kann sie sich im Westen konsolidieren? Werden die Gräbenkämpfe zwischen Reformern und Systemoppositionellen befriedet?

Auch den **Grünen** stehen schwere Zeiten bevor. Bisher haben sie die Tragweite ihrer Niederlage noch nicht verstanden. **Im Klartext: Im vergangenen Wahlkampf haben die Verantwortlichen die Partei mit einem Wählerpotential von mehr als 20 Prozent wieder auf das 8 Prozent Kernklientel staatsnaher Angestellter zusammengeschrumpft.** Als dritte linke Partei sind die Grünen überflüssig. Der "grüne Sonderweg" hat noch zu keinem erfolgreichen Nachahmer außerhalb des deutschsprachigen Raumes geführt. Es wird darauf ankommen, ob es den Grünen gelingt, für die Menschen in der Mitte der Gesellschaft ein zukunftsorientiertes, nachhaltiges "post-staatsorientiertes", zivilgesellschaftlich inspiriertes Angebot zu formulieren. Erstmals in Deutschland könnte es damit eine Partei wagen, Konfliktfähigkeit, öffentliche Debatte und den Abschied vom "guten Vater Staat" mit einer engagierten, gemeinwesensorientierten Haltung zu verbinden. Dazu wären inhaltliche Debatten notwendig, die derzeit in diesem Lager leider nicht sichtbar sind.

Die Berufung von drei beamteten Staatssekretären aus dem grünen Kernbereich, ist der eigentliche Clou bei dieser Regierungsbildung. Rainer Baake hat als Staatssekretär unter Joschka Fischer als hessischem Landesminister und Jürgen Trittin als Bundesminister Atomausstieg und Energiewende wesentlich mit konzipiert. Als Chef der Agora Energiewende hat er bereits im Vorfeld der

Bundestagswahl die Weiterentwicklung der Energiewendekonzepte weiter vorangetrieben., Ex-VZBV-Chef und künftige Verbraucher-Staatssekretär Gerd Billen sowie der UBA-Chef Flassbeck haben beide grüne Wurzeln. Das wird es den Grünen schwer machen, über eine profillose Umwelt, Energie- und Verbraucherpolitik zu reden. **Die Gabriel'sche Doppelstrategie ist der eigentliche „Hammer“ für den Wettstreit der Parteien.**

Radikalisierung gegen die GroKo als Ausweg?

Der Rückzug auf wortradikale, gesinnungsethische Positionen wird übrigens nicht gelingen. Wenn die schwarzgrüne Regierung in Hessen zeitgleich zur großen Koalition Realität wird, führt das zu einem weiteren Abbau der Erwartungshaltung gegenüber grüner Politik. Eine schwarzgrüne Regierung in Hessen kommt zustande, obwohl in dem öffentlich zentralen Thema, der Flughafenerweiterung, die CDU und die ökonomische Realität gegenüber grüner gesinnungsethischer Kampfaufstellung obsiegt hat. Die Partei kann sich also nicht mehr in ihrer Gegnerschaft definieren, sie muss eine Gestaltungsvision entwickeln, der sich viele der aktiven Mitglieder noch verweigern.

Die Folge: Außer den beiden **Randparteien Linke und AfD** wird die Erwartungshaltung an Politik zunehmend reduziert auf Machbares. Mittelfristig besteht damit die Chance, dass Politik wieder pragmatischer und auf tatsächliches Vorankommen ausgerichtet ist und für Außenstehende nachzuvollziehen sein wird.

Aus diesem Blickwinkel liegt diesem Neuanfang zwar kein Zauber inne, aber eine begründete Hoffnung, dass sich Politik aus ihrer Überspanntheit löst und stärker das verspricht, was sie leisten kann.

Nikolaus Huss, 17.12.2013

Das KovarHuss Angebot

Wir arbeiten auf Basis transparenter Corporate Governance-Richtlinien und mit einer gesellschaftsbezogenen Smart-Lobbying-Orientierung (siehe dazu unser [Policy Paper 2013-01 „Smart Lobbying“](#))

Die wichtigsten Smart-Lobbying Bausteine

Bestandsaufnahme: Smart Lobbying setzt auf rationalen Interessensausgleich und die Bildung von Vertrauen, das auf Respekt, Transparenz und Verlässlichkeit beruht. Arena-Analysen und langjährige Erfahrung bilden die Grundlage für maßgeschneiderte Lobbyingprogramme für Unternehmen.

Positionsbestimmung: Mit welchen Werten tritt das Unternehmen an? Welche Ziele und Märkte verfolgt es? Wo hält das Unternehmen besondere Angebote für die Politik und Zivilgesellschaft bereit? Wo ist mit Konflikten zu rechnen? Wo ist es notwendig, konfliktbereite Partner zu gewinnen?

Strategieentwicklung: Welche Ziele sind mit welchen Maßnahmen in welcher Zeit zu erreichen? Gibt es einen Plan B? Wie nehmen wir Zukunftsszenarien wahr, welche Ausweichstrategien gibt es an welchen Wegmarken? Wann sollte die Strategie überprüft und gegebenenfalls revidiert werden? Welche Mitstreiter können wir finden?

Umsetzung: Mit wem wollen wir sprechen? Welche Gesprächspartner sind vertrauenswürdig, auch wenn die Themen schwierig werden? Auf wen kann man sich verlassen? Mit welchen Kontrahenten sollten wir uns auseinandersetzen? Wo sind öffentliche Auseinandersetzungen angesagt? Smart Lobbying setzt auch auf die offene Diskussion kontroverser Positionen. Neben vertrauensbildenden Gesprächen betrachten wir die Arbeit mit kontroversen Positionspapieren als ein wichtiges Mittel, um Nachdenken im öffentlichen Raum und gesellschaftliches Change Management zu ermöglichen.

Die offene Arbeit mit NGOs, die Nutzung von Social Networks, Blogs etc. sind für uns selbstverständlicher Bestandteil unserer Arbeit.

Überprüfung und Feinjustierung: Wurden die Ziele und Meilensteine erreicht? Müssen Korrekturen in der Erwartungshaltung vorgenommen, Ziele adjustiert, Maßnahmen angepasst werden?

Haltung und Transparenz: Wir machen Lobbying mit Haltung. Unternehmen sind für uns Teil eines auszubalancierenden Machtdreiecks von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Durch Transparenz, die Verpflichtung auf klare, schriftlich niedergelegte Regeln schaffen wir Vertrauen, auch wenn in Sachfragen unterschiedliche Meinungen bestehen. Der Wert unserer Arbeit misst sich in substanziellen Ergebnissen für Unternehmen und Gesellschaft.

Unsere Leistungen

- Strategieworkshops
- Arena-Analysen/Themenfeldanalysen/Stakeholder Analysen
- Szenariendarstellung und -diskussion
- Strategieentwicklung
- Strategiecoaching
- Konfliktmoderationen
- Öffentliche Stakeholderprozesse
- Entwicklung von Corporate Governance Richtlinien
- Lobbying

KovarHuss Policy Advisors wurde 2011 von Andreas Kovar und Nikolaus Huss gegründet. KovarHuss in **Berlin** ist Mitglied der Public Affairs-Alliance, die **mit Büros in Brüssel** (eacongroup), **Wien** (Kovar & Partners) und **Zürich-Bern** (MC&P Mueller Consulting & Partner) direkt vertreten sind. Die Alliance arbeitet auf Basis einer gemeinsam erarbeiteten Governance-Richtlinie.

Kontakt und V.i.S.d.P:

Nikolaus Huss
KovarHuss GmbH
Unter den Linden 21
10117 Berlin
030/767 71830
office@kovarhuss.de
www.kovarhuss.de